

# Zulageantrag Entsendung<sup>①</sup>

Name und Anschrift des Antragstellers

Optionales Feld für Tel.Nr. des Antragstellers  
- Angabe der Tel.Nr. freiwillig -

Bitte an oben links stehende Anschrift<sup>②</sup>  
zurücksenden

## A Art der Zulageberechtigung

Ich bin für das Jahr 2 | 0 | | / für die Jahre 2 | 0 | | bis 2 | 0 | | **unmittelbar** zulageberechtigt<sup>③④</sup>, nachdem die unbeschränkte Steuerpflicht nach dem Ende meiner Entsendung erneut am | | . | | . | | | | <sup>②</sup> begründet wurde.

Abweichend hiervon bin ich für das Jahr 2 | 0 | | / für die Jahre 2 | 0 | | bis 2 | 0 | | **mittelbar** zulageberechtigt<sup>③⑤</sup>, nachdem die | | unbeschränkte Steuerpflicht nach dem Ende der Entsendung meines Ehegatten erneut am | | . | | . | | | | <sup>②</sup> begründet wurde.

Füllen Sie in diesem Fall bitte auch unbedingt die Angaben zum Ehegatten in Block C des Antrags / der Anträge auf Altersvorsorgezulage aus.

## B Sozialversicherungsnummer / Zulagenummer

TITEL (z. B. Dr., Prof.)

VORNAME

NAMENSZUSATZ (z. B. Baroness, Baron, Gräfin)

VORSATZWORT (z. B. von, auf der, da, de, del)

NAME

## C Für die angegebenen Zeiträume beantrage ich Altersvorsorgezulage und füge | | <sup>⑥</sup> Anlage/ n (Antrag auf Altersvorsorgezulage) und | | <sup>⑥</sup> Anlage/ n (Kinderergänzungsbogen) bei.

## D Bevollmächtigung (Bitte lesen Sie die Erläuterungen unter<sup>⑦</sup>.)

Raum für den Anbieter, sich eine Vollmacht erteilen zu lassen

Dieses Feld ist optional

**Unterschrift** nicht vergessen!

| | . | | . | | | |

Datum (TT.MM.JJJJ)

Antragsteller(in)

gesetzliche/r Vertreter(in)/Bevollmächtigte/r

## Erläuterungen

(Die in einen Kreis gesetzten Zahlen beziehen sich auf die entsprechenden Zahlen im Zulageantrag Entsendung.)

- ① **Der Zulageantrag Entsendung ist zu verwenden bei erneuter Begründung der unbeschränkten Steuerpflicht im Inland nach Beendigung einer Entsendung bzw. einer vergleichbaren zeitlich befristeten Auslandstätigkeit, sofern während dieser Tätigkeit eine Pflichtversicherung in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung bestand, oder einer Zuweisung.**

Eine Entsendung liegt vor, wenn sich ein Beschäftigter, der bisher in der Bundesrepublik Deutschland gewohnt, ggf. auch gearbeitet hat, auf Weisung seines Arbeitgebers mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland in das Ausland begibt, um dort eine Beschäftigung unmittelbar für Zwecke des Arbeitgebers auszuüben. Vor Beginn des Auslandseinsatzes muss feststehen, dass der Arbeitnehmer nach dem Ende des Auslandseinsatzes vom entsendenden Arbeitgeber weiterbeschäftigt wird. Außerdem muss die Entsendung infolge der Eigenart der Beschäftigung oder vertraglich im Voraus zeitlich begrenzt sein.

Eine zeitlich befristete Auslandstätigkeit, die nicht die Entsendekriterien erfüllt, sondern aufgrund einer Versetzung oder Delegation ausgeübt wurde, wird einer Entsendung gleichgestellt, sofern während dieser Tätigkeit eine Pflichtversicherung in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung bestand.

Eine Zuweisung liegt vor, wenn Beamten vorübergehend eine ihrem Amt entsprechende Tätigkeit bei einer öffentlichen Einrichtung außerhalb des Anwendungsbereiches des Beamtenrechtsrahmengesetzes zugewiesen wird.

Die Voraussetzungen für eine Entsendung / vergleichbare Versetzung oder Delegation / Zuweisung können nur bei unmittelbar Zulageberechtigten vorliegen.

Nach einer Entsendung / vergleichbaren Versetzung oder Delegierung / Zuweisung / kann für jedes volle Kalenderjahr, in dem keine unbeschränkte Steuerpflicht bestanden hat und für das Altersvorsorgebeiträge geleistet worden sind, ein Antrag auf Altersvorsorgezulage gestellt werden. Dem Zulageantrag Entsendung ist dabei für jedes Jahr der Entsendung / vergleichbaren Versetzung oder Delegierung / Zuweisung / ein ausgefüllter und unterschriebener Antrag auf Altersvorsorgezulage beizufügen. Haben Sie Ihren Anbieter allerdings bevollmächtigt, für die betreffenden Beitragsjahre den Antrag / die Anträge auf Altersvorsorgezulage für Sie zu stellen, genügt es den ausgefüllten und unterschriebenen Zulageantrag Entsendung an Ihren Anbieter zu senden.

Waren Sie in einem Beitragsjahr zeitweilig unbeschränkt steuerpflichtig (in dem Beitragsjahr der Entsendung oder in dem Beitragsjahr der Beendigung der Entsendung), müssen Sie den Antrag auf Altersvorsorgezulage bis zum Ablauf des zweiten Kalenderjahres, das auf das Beitragsjahr folgt, bei Ihrem Anbieter einreichen, sofern Sie ihn für dieses Beitragsjahr nicht zur Antragstellung bevollmächtigt haben.

- ② Der Zulageantrag Entsendung ist innerhalb von zwei Kalenderjahren nach erneuter Begründung der unbeschränkten Steuerpflicht einzureichen. Die unbeschränkte Steuerpflicht tritt ein, wenn der Antragsteller im Inland seinen Wohnsitz begründet, sich überwiegend im Inland aufhält oder einen Antrag nach § 1 Abs. 3 Einkommensteuergesetz (EStG) stellt und die Voraussetzungen vorliegen. Maßgeblich für den Beginn der Frist ist das Kalenderjahr, in dem während des gesamten Jahres die Voraussetzungen für die unbeschränkte Steuerpflicht vorliegen.

Beispiel: Der Wohnsitz im Inland wird am 10. Mai 2004 begründet. Die Frist zur Einreichung des Zulageantrags Entsendung beginnt am 01.01.2005 und endet am 31.12.2006.

Bitte senden Sie den Zulageantrag Entsendung und, soweit Sie Ihren Anbieter nicht zur Antragstellung bevollmächtigt haben, die Anträge auf Altersvorsorgezulage ausgefüllt und unterschrieben an den im Vordruck oben links bezeichneten Anbieter zurück. Dieser erfasst dann die für die Ermittlung des Zulageanspruches erforderlichen Daten und übermittelt diese an die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA). Für den Fall, dass Sie Ihren Anbieter für die betreffenden Beitragsjahre bevollmächtigt haben, die Zulage zu beantragen, müssen Sie dennoch den Zulageantrag Entsendung ausgefüllt und unterschrieben an die im Vordruck oben genannte Anschrift des Anbieters zurücksenden.

- ③ Sowohl unmittelbar als auch mittelbar zulageberechtigte Ehegatten müssen jeweils einen eigenen Zulageantrag Entsendung stellen.
- ④ **Unmittelbar zulageberechtigt** sind Personen, die im betreffenden Beitragsjahr in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert waren. Nach einer Entsendung ist dem unmittelbar Zulageberechtigten für die vollen Kalenderjahre der Entsendung die Zulage zu gewähren (§ 95 Abs. 3 S. 2 EStG).

Zu den Pflichtversicherten der gesetzlichen Rentenversicherung gehören insbesondere

- Arbeitnehmer in einem versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis bei einem privaten, öffentlichen oder kirchlichen Arbeitgeber,
- Selbständige (z. B. Lehrer und Erzieher, Hebammen, Künstler, Handwerker und Hausgewerbetreibende sowie Selbständige mit einem Auftraggeber) bei Vorliegen von Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung (dies hat Ihnen Ihr Rentenversicherungsträger mitgeteilt),
- Kindererziehende für die ersten 36 Kalendermonate nach dem Monat der Geburt (sog. Kindererziehungszeiten; diese sollten zeitnah nach Ablauf der 36 Kalendermonate beim zuständigen Rentenversicherungsträger beantragt werden),
- Personen, die einen Pflegebedürftigen nicht erwerbsmäßig wenigstens 14 Stunden wöchentlich in seiner häuslichen Umgebung pflegen (sog. Pflegepersonen),
- Wehr- und Zivildienstleistende,
- Bezieher von Entgeltsatzleistungen (z. B. Kranken-, Arbeitslosengeld) oder Arbeitslosengeld II,
- Vorruhestandsgeldbezieher,
- geringfügig beschäftigte Personen, die auf die Versicherungsfreiheit verzichtet haben (der Verzicht führt dazu, dass der pauschale Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung durch eigene Beitragsleistung auf den vollen Satz aufgestockt wird),
- ab 01.01.2003 Personen für die Dauer des Bezugs eines Zuschusses nach § 421l des Dritten Buches Sozialgesetzbuch.

**Zu den unmittelbar Zulageberechtigten** gehören auch

- Pflichtversicherte nach dem Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte (z. B. neben den versicherungspflichtigen Landwirten auch deren versicherungspflichtige Ehegatten sowie ehemalige Landwirte, die unabhängig von einer Tätigkeit als Landwirt oder mithelfender Familienangehöriger versicherungspflichtig sind),
  - Arbeitslose, die bei einer inländischen Arbeitsagentur als Arbeitsuchende gemeldet sind und wegen des zu berücksichtigenden Vermögens oder Einkommens keine Entgeltsatzleistung erhalten,
  - Pflichtversicherte einer ausländischen gesetzlichen Rentenversicherung, soweit die Pflichtmitgliedschaft der deutschen Rentenversicherungspflicht vergleichbar ist sowie
  - Beamte, Richter und Berufssoldaten,
  - sonstige Beschäftigte, die wegen gewährleisteter Versorgungsanswartschaften den Beamten gleichgestellt sind und damit in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungsfrei oder von der Versicherungspflicht befreit sind,
  - Minister, Senatoren und Parlamentarische Staatssekretäre,
  - beurlaubte Beamte, Richter, Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit für die Zeit einer Beschäftigung, wenn sich der Anspruch auf Versorgung während der Beurlaubung auf diese Beschäftigung erstreckt,
- wenn sie eine **Einwilligung fristgemäß** gegenüber der zuständigen Stelle (z.B. Dienstherrn) abgegeben haben.

**Nicht** zum Kreis der unmittelbar Zulageberechtigten gehören u. a.

- Pflichtversicherte einer berufsständischen Versorgungseinrichtung,
- freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte und
- Selbständige ohne Vorliegen von Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie
- geringfügig Beschäftigte, für die nur der pauschale Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt wird.

- ⑤ Ist nur ein Ehegatte unmittelbar zulageberechtigt, ist der andere Ehegatte mittelbar zulageberechtigt, wenn beide Ehegatten nicht während des gesamten Beitragsjahres dauernd getrennt gelebt haben und beide jeweils einen auf ihren Namen lautenden, nach § 5 des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetzes zertifizierten Vertrag abgeschlossen haben. Für den unmittelbar zulageberechtigten Ehegatten muss kein zertifizierter Altersvorsorgevertrag abgeschlossen sein, wenn er stattdessen über eine förderbare betriebliche Altersversorgung i. S. d. § 82 Abs. 2 EStG verfügt. Weitere Voraussetzung für die Zahlung der vollen Zulage ist, dass der unmittelbar zulageberechtigte Ehegatte den jährlichen Mindesteigenbeitrag für den Zeitraum geleistet hat, für den er einen Zulageantrag Entsendung stellt.

- ⑥ Bitte die Summe **aller** Anlagen für **alle** Beitragsjahre angeben, sofern Sie den Anbieter **nicht bevollmächtigt** ⑦ haben.

- ⑦ Durch die **Bevollmächtigung** erreichen Sie, dass der Anbieter, an den die Altersvorsorgebeiträge geleistet worden sind, für Sie den Antrag auf Altersvorsorgezulage stellt. Die Zulage wird in den Folgejahren solange in Ihrem Namen vom Anbieter bei der ZfA beantragt, bis Sie die Vollmacht widerrufen.

Sie sind **verpflichtet**, den Anbieter unverzüglich zu benachrichtigen, wenn eine Änderung in den Verhältnissen eintritt, die zu einer Minderung oder zum Wegfall des Zulageanspruches führt (z. B. Beendigung der unbeschränkten Einkommensteuerpflicht durch Aufgabe des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthaltes im Inland, Änderung der beitragspflichtigen Einnahmen - nur wenn Angaben gemacht wurden - / des tatsächlichen Arbeitsentgelts / der Entgeltsatzleistung, Beendigung der Zugehörigkeit zum berechtigten Personenkreis - vgl. Hinweis ④ und ⑤ -, Familienstand, Wegfall des Kindergeldes, Anzahl der Kinder, Zuordnung bei mehreren Verträgen).

#### **Abschließende Hinweise:**

Ergänzend zur Altersvorsorgezulage können Sie für die Beitragsjahre, in denen Sie unbeschränkt steuerpflichtig sind, einen zusätzlichen Sonderausgabenabzug nach § 10a EStG im Rahmen Ihrer Einkommensteuererklärung beantragen.